

KURZ NOTIERT

von Rolf Jordan

Der Autor ist Südostasienwissenschaftler und Mitglied der Südostasien Informationsstelle.

■ Bedenken über Landgewinnungsprojekt Malaysias

Singapurs Außenministerium (MFA) zeigte sich jüngst besorgt über die möglichen Auswirkungen eines Landgewinnungsprojekts in Malaysia und verlangt vom Nachbarstaat weitere Informationen zum Umfang des Projekts, um die Folgen für Umwelt und Wirtschaft des Stadtstaates einschätzen zu können. Ministerpräsident Lee Hsien Loong hat seinen malaysischen Amtskollegen Najib Razak in einem offiziellen Schreiben gebeten, alle für eine Einschätzung der Folgen des Projekts für Singapur notwendigen Informationen bereitzustellen

und zugleich eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung für das Projekt im Westen des Stadtstaats eingefordert.

In unmittelbarer Nähe zur zweiten Verbindung zwischen den beiden Ländern – dem sogenannten *Second Link* – westlich des Industrieareals von Jurong betreibt Malaysia derzeit ein großes Landgewinnungsprojekt, bei dem auf einer Fläche von mehr als 2.000 Hektar neues Bauland entstehen soll. Für das *Forest City* genannte Projekt werden meh-

rere kleinere Inseln vor der Küste Johors durch Landaufschüttungen miteinander verbunden.

In den letzten Jahrzehnten war es vor allem Singapur, dass durch ähnliche Landgewinnungsprojekte vor seiner Küste und entsprechende Aktivitäten beim Abbau der dazu notwendigen Baumaterialien Kritik und zum Teil auch Proteste in den Nachbarländern provozierte. Nun sieht sich der Stadtstaat selber durch entsprechende Entwicklungsprojekte im Nachbarland Malaysia betroffen.

Channel News Asia, 21.6.2014

■ Homosexuellenparade ruft Proteste religiöser Gruppen hervor

Mit geschätzten 26.000 Teilnehmenden verzeichnete die diesjährige Kundgebung für die Rechte Homosexueller in Singapur einen neuen Teilnehmerrekord. Zum *Pink Dot* versammeln sich seit 2009 alljährlich auch in Singapur Menschen, um für die Rechte von Schwulen und Lesben im Stadtstaat zu demonstrieren.

In Singapur sind sexuelle Beziehungen zwischen Männern noch immer gesetzlich verboten und können mit bis zu zwei

Jahren Gefängnisstrafe geahndet werden. Das noch aus der britischen Kolonialzeit stammende Gesetz fand in den letzten Jahren aber nur noch selten Anwendung.

Während die Kundgebungen im Hong Lim Park im Finanzdistrikt der südostasiatischen Metropole in den vergangenen Jahren in der Regel kaum auf öffentliche Kritik gestoßen sind, kam es in diesem Jahr zu deutlichen Protesten gegen die Veranstaltung. Konservative muslimische Gruppen

kritisierten vor allem das Zusammentreffen der Kundgebung mit dem Beginn der Fastenzeit Ramadan, wohingehend die Regierung von Seiten einiger christlicher Vereinigungen dazu aufgefordert wurde, angesichts der großen Teilnehmerzahl an der Kundgebung eine klare Position bezüglich der Ächtung homosexueller Beziehungen einzunehmen.

Reuters, 28.6.2014

■ Neue Partei gegründet

Mit der neugegründeten Partei *Singaporeans First* verfügt Singapurs Parteiensystem seit Ende Mai über eine weitere Oppositionspartei. Das von den elf Gründungsmitgliedern verfasste Parteiprogramm – *Fair Society, Strong Families and Esteemed People* – wurde am 25. Mai 2014 vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Tan Jee Say der Öffentlichkeit vorgestellt.

Neben Tan, der bei Parlamentswahlen 2011 noch für die *Singapore Democratic Party* (SDP) kandidiert hatte, gehört auch Ang Yong Guan, der zuvor ebenfalls

für die SDP angetreten war und sich in verschiedenen Basisorganisationen engagiert, zu den Gründungsmitgliedern der neuen Partei. Daneben zählen auch eine Reihe ehemaliger Mitglieder der Jugendorganisation der regierenden *Peoples' Action Party* (PAP) zu den Autoren der Parteiprogramms.

Neben der Abschaffung der Mehrwertsteuer hat die neue Partei, die vor allem vom Bildungsbürgertum getragen wird, den freien Zugang zu Bildung und die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme zu ihren politischen Zie-

len für die nächsten Parlamentswahlen, die 2016 stattfinden werden, erklärt.

Ob die neugegründete Partei vor allem zu einer weiteren Konkurrenz zwischen den bestehenden Oppositionsparteien um Wählerstimmen beitragen wird, wird nach Tan vor allem davon abhängen, ob es der Opposition auch bei den kommenden Wahlen gelingt, entsprechende Bündnisse und Koalitionen einzugehen, um sich in einzelnen Wahlkreisen gegenüber der Regierungspartei zu behaupten.

Yahoo News, 26.7.2014